




Georgien

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian
Development
Agency**

BASISDATEN	
Fläche	69.700 km ²
Regionen	neun Regionen, zwei autonome Republiken (Abchasien, Adscharien) ¹
Einwohnerinnen und Einwohner	3.716.900 ²
Hauptstadt	Tbilisi (Tiflis); 1,18 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner ³
Staatsform	Semipräsidentiale Republik
Staatschefin	Salome Zourabishvili
Regierungschef	Giorgi Gacharia
Außenminister	David Zalkaliani
Bevölkerung	86,8 % georgisch, 6,3 % aserbaidisch, 4,5 % armenisch, 0,7 % russisch; 1,7 % andere (ossetisch, abchasisch, ukrainisch, griechisch, kurdisch) ⁴
Sprachen	Georgisch (Amtssprache), Russisch, Abchasisch, Ossetisch, Minderheitensprachen
Religionszugehörigkeit	Mehrheitlich georgisch-orthodox, armenisch-apostolische Kirche, Islam, jüdische Minderheit
BIP/Kopf (2019)	4.769 US-Dollar ⁵
Armut	19,5% leben unter der absoluten Armutsgrenze ⁶
Human Development Index (2019)	70. Stelle von 189 Staaten ⁷
Democracy Index (2019)	89. Stelle von 167 Staaten ⁸
Corruption Perception Index (2019)	44. Stelle von 198 Staaten ⁹
Doing Business Index (2020)	7. Stelle von 190 Staaten ¹⁰
Gini-Koeffizient (2018)	36,4 ¹¹
Wirtschaftswachstum (2019)	+ 5,1 % ¹²
Inflationsrate (2019)	4,9 % ¹³

Einleitung

Georgien ist seit 2011 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die aktuelle Landesstrategie, in enger Abstimmung mit dem Partnerland erarbeitet, umfasst als Arbeitsschwerpunkte ländliche Entwicklung und gute Regierungsführung. Eine neue Kooperationsstrategie mit Gültigkeit ab Beginn 2021 ist derzeit in Ausarbeitung.

Mit rund 70.000 km² Fläche ist Georgien etwas kleiner als Österreich. Durch den Zugang zum Schwarzen Meer im Westen ist Georgien zu einem bedeutenden Transitland für Erdöl- und Erdgaslieferungen von Zentralasien nach Europa geworden. Mit seinen Nachbarn Türkei, Armenien und Aserbaidschan arbeitet Georgien eng zusammen. Die Beziehungen zu Russland sind hingegen



¹ Gov.ge

² [Geostat \(2020\)](http://Geostat (2020))

³ [Geostat \(2020\)](http://Geostat (2020))

⁴ [Census.ge \(2016\)](http://Census.ge (2016))

⁵ [Worldbank \(2019\)](http://Worldbank (2019))

⁶ [Geostat \(2019\)](http://Geostat (2019))

⁷ Human Development Index 2019

⁸ Democracy Index 2019

⁹ Corruption Perceptions Index 2019

¹⁰ Doing Business Ranking 2020

¹¹ GINI Index 2018

¹² [Worldbank \(2019\)](http://Worldbank (2019))

¹³ Worldbank 2019

angespannt. Bereits vor den bewaffneten Auseinandersetzungen im August 2008 verhängte Russland im Jahr 2006 gegen Georgien ein Importverbot. Dies führte das Land in eine tiefe Krise. Seit 2013 darf Georgien wieder Wein, seit 2014 Mineralwasser und landwirtschaftliche Produkte nach Russland exportieren, was in wirtschaftlicher Hinsicht von großer Bedeutung ist.

Aufgrund neuer Spannungen nach einer Tagung der „Interparlamentarischen Versammlung der Orthodoxie“ unter russischem Vorsitz im georgischen Parlament wurden seit Juli 2019 die Direktflugverbindung zwischen Russland und Georgien gestrichen. Dies führte zu starken Einbrüchen der Touristinnen- und Touristenzahlen aus Russland.

Georgien unterzeichnete 2014 ein Assoziierungsabkommen einschließlich einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit der EU. Es hat sich zu umfassenden Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Grundfreiheiten, gute Regierungsführung, Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung verpflichtet.

Politische Situation

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2016 sicherte sich das Wahlbündnis „Georgischer Traum“ mit einem Erdrutschsieg eine Verfassungsmehrheit. Zweitstärkste Kraft wurde die oppositionelle „Vereinte Nationale Bewegung“ (von der sich allerdings bereits im Jänner 2017 die neue Partei „Europäisches Georgien“ abspaltete). Als Überraschung zog die als pro-russisch geltende Partei „Allianz der Patrioten“ mit sechs Mandaten ins neue Parlament ein. Nach einer langjährigen Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung wurde im Frühling 2020 eine Reformierung des Wahlsystems beschlossen. Bei den bevorstehenden Parlamentswahlen im Herbst 2020 kommt erstmals ein gemischtes System mit Elementen des Mehrheits- und Verhältniswahlrechts zur Anwendung.

Konfliktherde

Nach dem Zerfall der Sowjetunion riefen die Entitäten Abchasien und Süd-Ossetien die Unabhängigkeit aus. Dies führte 1992 zu militärischen Auseinandersetzungen und rund 200.000 Binnenflüchtlingen.

Im August 2008 brach der Konflikt um Süd-Ossetien erneut aus. Kurze Zeit später erkannte Russland Abchasien und Süd-Ossetien als unabhängige Staaten an. Georgien brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Russland ab. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) musste daraufhin ihre Mission in Georgien schließen. Seit Oktober 2008 laufen die Internationalen Genfer Gespräche zur Konfliktbeilegung unter dem gemeinsamen Vorsitz der OSZE, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Mit der European Union Monitoring Mission Georgia gibt es eine internationale zivile Beobachtermission vor Ort, die die Einhaltung des 6-Punkte-Abkommens zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen überwacht. Das Mandat erstreckt sich auf das gesamte Territorium Georgiens, allerdings wird den Beobachtern der Zugang zu Abchasien und Süd-Ossetien verwehrt.

Die beiden Entitäten werden nicht von der georgischen Zentralregierung, sondern von abchasischen bzw. süd-ossetischen De-facto-Behörden kontrolliert, auf die Russland einen erheblichen Einfluss ausübt. Die Behörden vergeben auch russische Reisepässe und erhalten Zuwendungen aus dem russischen Budget.

Die im Oktober 2012 erstmals gewählte Regierung der „Allianz georgischer Traum“ kündigte an, das Verhältnis zu Russland zu verbessern und den Status der Entitäten Abchasien und Süd-Ossetien klären zu wollen. Die Regierung konnte zwar erreichen, dass

Russland das Embargo auf Wein und Mineralwasser aufhob, weitere Durchbrüche in den russisch-georgischen Beziehungen sowie im Verhältnis der georgischen Behörden mit Abchasien und Süd-Ossetien sind bisher jedoch nicht gelungen. Vielmehr ist in letzter Zeit wieder ein verstärktes Bemühen einer „Borderisation“ zu beobachten, in dem die beiden Entitäten mit russischer Hilfe die administrative Verwaltungsgrenze zu den regierungs-kontrollierten Teilen mittels Stacheldrahtzäunen und Ähnlichem verstärken.

2016 bzw. 2018 ratifizierte Russland mit den De-facto-Regierungschefs von Abchasien bzw. Süd-Ossetien Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit. Damit entstand ein gemeinsamer Verteidigungsraum mit vereinten Streitkräften. Das russische Verteidigungsministerium erhält im Kriegsfall das Kommando über die Truppen der beiden autonomen Entitäten. Die georgische Regierung verurteilte die Abkommen unter anderem als „einen illegalen und provokativen Schritt“.

Demokratie und Menschenrechte

In Georgien gibt es einige positive Entwicklungen hinsichtlich der Situation der Menschenrechte: Die Istanbul-Konvention wurde von Georgien ratifiziert und ein Jugendstrafrecht implementiert. Die Sensibilität gegenüber häuslicher Gewalt und Diskriminierung ist gestiegen, wenngleich das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt alarmierend bleibt.

Besorgniserregend ist die Zukunft des Medienpluralismus sowie die Menschenrechtssituation in den abtrünnigen Gebieten Abchasien und Süd-Ossetien. Nach wie vor gibt es Berichte über Misshandlungen durch Exekutivorgane und über Diskriminierung von verletzlichen Gruppen (vor allem LGBTIs, Kinder und Frauen). Die Situation der Binnenflüchtlinge bleibt problematisch.

Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegt Georgien derzeit Platz 44 von 198 Staaten.¹⁴

Umweltpolitik

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage hat Umweltschutz in Georgien nur untergeordnete Priorität. Im Sommer 2018 präsentierte der Premierminister jedoch die neue Strategie zur Green Economy, die umfassende Reformen in dem Sektor vorsieht. Auch zur Sensibilisierung der Bevölkerung gibt es mittlerweile vermehrt Kampagnen öffentlicher Institutionen, mit denen die Errichtung von Schutzzonen, Naturschutzgebieten sowie die Achtung und der Schutz der Natur propagiert werden. Auch die Arbeit nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen wird inzwischen besser wahrgenommen.

Wesentliche Bedeutung hat in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft. Diese führt gemeinsam mit Georgien erfolgreich Umweltschutzprojekte durch, um degradierte Landschaften wiederherzustellen, Wälder aufzuforsten sowie Gewässer und die Biodiversität zu schützen. Umweltprogramme thematisieren auch vermehrt den richtigen Umgang mit militärischen Altlasten. Aber auch die Luftverschmutzung im städtischen Gebiet spielt eine zunehmend wichtige Rolle.

¹⁴ [Corruption Perceptions Index 2019](#)

Wirtschaftliche Situation

In den 1990er-Jahren brach die Wirtschaft Georgiens zusammen. Nach der Rosenrevolution 2003 leitete die Regierung Saakaschwili zahlreiche markliberal orientierte Wirtschaftsreformen ein. Deregulierungsmaßnahmen und die Privatisierung von Staatseigentum – unter anderem im Gesundheitsbereich und in der Energie- und Wasserversorgung – wurden beispielsweise durch Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung sowie Reformen im Steuer-, Zoll- und Arbeitsrecht begleitet. Diese umfassende Reformpolitik ebnete den Weg für ausländische Investitionen und führte zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Die derzeit amtierende Regierung setzt in erster Linie auf die Stärkung des Tourismus, aber auch des Agrarsektors und sieht großes Potenzial in der Lebensmittelverarbeitung.

Bedingt durch den Aufschwung im Finanz-, Immobilien-, Transport- und Bausektor verzeichnete Georgien Wachstumsraten in zum Teil zweistelliger Höhe. Der Krieg zwischen Georgien und Russland 2008 sowie die globale Wirtschafts- und Finanzkrise führten allerdings zu einem neuerlichen Einbruch. Daraufhin sagte die internationale Gebergemeinschaft Hilfszahlungen in der Höhe von insgesamt 4,5 Mrd. US-Dollar zu.

Die georgische Währung Lari verliert seit Jahren konstant an Wert.¹⁵ Ursachen dafür sind der sehr starke Dollar, der Rückgang von Devisenzuflüssen aufgrund geringerer Exporte und steigender Importe sowie geringere Direktinvestitionen aus dem Ausland. Die Nationalbank Georgiens versuchte, die Sicherung der Preisstabilität mit einer strafferen Geldpolitik zu gewährleisten.

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und anhaltenden Inflation der georgischen Währung konnte Georgien während der letzten Jahre robuste positive Wachstumsraten verzeichnen.

COVID-19 breitete sich im Frühling 2020 auch in Georgien aus. Durch Ausgangs- und Reisebeschränkungen konnte zwar die Zahl der Neuinfektionen niedrig gehalten werden, die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen sind jedoch gravierend. Für das Jahr 2020 etwa wurde ein Einbruch der Wirtschaftsleistung um 4 Prozent prognostiziert.¹⁶

Außenhandel

Georgien ist als kleine Volkswirtschaft stark vom Außenhandel abhängig. Das Land verfügt über Bodenschätze, aber über keine nennenswerten fossilen Brennstoff-Ressourcen. Georgien ist daher fast vollständig auf den Import von Gas und Erdöl angewiesen. Auch ein Großteil der Lebensmittel wird importiert. Die Handelsbilanz ist insgesamt stark defizitär. Hinzu kommt die infolge der Weltwirtschaftskrise geringere Nachfrage nach Eisenlegierungen und Metallschrott, die zu den georgischen Hauptexportprodukten zählen. Weitere wesentliche Handelsgüter sind Kraftfahrzeuge, Düngemittel, Nüsse und Gold. Wichtigste Importprodukte sind Erdöl und Erdöl-Produkte sowie Erdgas, Arzneimittel und Weizen. Stärkste Handelspartner sind Aserbaidschan, Armenien, die Türkei, die USA und die Ukraine. Die EU baute die wirtschaftlichen Beziehungen zu Georgien mit dem 2016 in Kraft getretenen "Deep and Comprehensive Free Trade Area Agreement" aus.

¹⁵ [Geostat](#)

¹⁶ [IMF 2020](#)

Armutssituation

Trotz des positiven wirtschaftlichen Wachstums seit 2003 sind große Teile der georgischen Bevölkerung unterbeschäftigt oder arbeitslos. Die offizielle Arbeitslosenquote lag 2019 bei 11,6 Prozent. Etwa 20 Prozent der Georgierinnen und Georgier leben in Armut.¹⁷ Vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der ländlichen Bergregionen, aber auch besonders gefährdete Gruppen in Städten, wie intern Vertriebene und Alleinerzieherinnen, sind von Armut betroffen. Ländliche Armut führt meist zu Landflucht oder Emigration. Die Rücküberweisungen von saisonalen und permanenten Auslandsgeorgierinnen und -georgiern machen mit rund 12,7 Prozent einen nennenswerten Anteil des Bruttoinlandsprodukts aus.¹⁸

Entwicklungspolitik

Georgien hat trotz einzelner Fortschritte weiterhin große politische und wirtschaftliche Herausforderungen zu meistern. Insbesondere gilt es, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Einkommensmöglichkeiten zu schaffen und zu sichern und die Kaufkraft zu erhöhen. Außerdem muss das Land im Zuge der Europäischen Nachbarschaftspolitik die Annäherung an europäische Strukturen, Normen und Standards vorantreiben. Es muss die Menschenrechte und demokratischen Institutionen weiter stärken und die lokale und regionale Verwaltung aufbauen bzw. modernisieren. Durch die Dezentralisierung der Verwaltung soll die Bevölkerung besseren Zugang zu Behörden und öffentlichen Institutionen erhalten, an lokalen Entscheidungsprozessen teilnehmen und mehr Serviceleistungen in Anspruch nehmen können. Die Gebergemeinschaft unterstützt die Dezentralisierungsbestrebungen der georgischen Regierung intensiv durch unterschiedliche Programme.

Am 28. März 2017 trat zwischen Georgien und der Europäischen Union die Visaliberalisierung in Kraft. Die georgischen Bürgerinnen und Bürger können sich nun in den EU-Ländern mit biometrischen Reisepässen ohne Visum bis zu 90 Tage innerhalb eines halben Jahres aufhalten. Das ist ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen der EU und Georgien.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Georgien

Im Einklang mit der EU-Nachbarschaftspolitik ist der Südkaukasus auch ein wesentlicher Fokus der österreichischen Außenpolitik. Er ist Nahtstelle zwischen Europa und Asien. Frieden und Stabilität im Südkaukasus erhöhen auch die Sicherheit in Europa und sind die Basis für gute wirtschaftliche Beziehungen mit der Region.

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Ländern des Südkaukasus begann Ende der 1980er-Jahre mit humanitären Hilfsmaßnahmen nach einem schweren Erdbeben in Armenien (Spitak 1988). Ab 2006 verdichteten sich die Aktivitäten zu einem regionalen Programm. Ab 2011 richtete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Kooperation neu aus. Sie konzentriert sich seither auf die Schwerpunktländer Georgien und Armenien. Für beide Länder gibt es bilaterale Landesstrategien, die die Grundlage für das aktuelle und künftige Engagement bilden. Die Landesstrategie für Georgien orientiert sich an den nationalen Zielsetzungen des Landes, den EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, am Aktionsplan der Europäischen Nachbarschaftspolitik und am Nationalen Indikativprogramm der EU für Georgien.

¹⁷ [Geostat \(2019\)](#)

¹⁸ [Worldbank \(2019\)](#)

Ende 2011 richtete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit eine Außenstelle, 2013 schließlich ein vollständiges Auslandsbüro in Tiflis ein. Dieses stellt den direkten Dialog mit den Partnern vor Ort sicher und hält die österreichischen Kontakte mit den Regierungsstellen und der Zivilgesellschaft in Georgien und Armenien zur Umsetzung der Ziele der Landesstrategie. Das Büro stimmt sich dabei mit den anderen Gebern, internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen ab. Im September 2016 eröffnete die neue österreichische Botschaft in Tiflis.

ODA Österreichs an Georgien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs¹⁹ an Georgien betragen zwischen 1995 und 2019 100,45 Mio. Euro. Davon beliefen sich die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA/ADA) auf 21,74 Mio. Euro.

ODA Österreichs an Georgien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
bilaterale ODA gesamt an Georgien in Mio. Euro	2,58	3,59	5,95	7,69	6,20	4,68
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,54	0,51	0,67	1,44	1,52	1,18
OEZA/ADA an Georgien in Mio. Euro	1,90	2,01	3,31	3,32	2,62	3,16
OEZA/ADA an Georgien in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	2,47	2,72	4,19	3,57	3,03	3,10

Quelle: ADA-Statistik

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Die österreichische Zusammenarbeit mit Georgien zielt darauf ab, den wirtschaftlichen und demokratiepolitischen Transformationsprozess zu fördern. Außerdem unterstützt Österreich sein Partnerland bei der Annäherung an europäische Strukturen, Standards und Werte und bei der Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der ländlichen Bevölkerung. Gemeinsam mit Georgien wurden ländliche Entwicklung und Kapazitätsaufbau im Hinblick auf dezentralisierte Strukturen als Schwerpunkte festgelegt.

Ländliche Entwicklung

Ziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sind die Förderung der ländlichen Entwicklung in Georgien, die Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche und die Erhöhung der Produktivität in der Verarbeitung und Vermarktung lokaler Produkte. Auch durch die Förderung des nachhaltigen Tourismus sollen vor Ort Perspektiven geschaffen werden. Im Zusammenhang mit ländlicher Entwicklung stehen darüber hinaus Umweltschutz (Bekämpfung des Klimawandels und der Bodenerosion, Abfallmanagement und -entsorgung) und Ernährungssicherheit im Fokus.

Georgien ist zu 38 Prozent bewaldet. Dieses große Potenzial soll nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch im Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden.

¹⁹ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Unterstützung und Kapazitätsaufbau im Hinblick auf dezentralisierte Strukturen

Politische Stabilität und Sicherheit sind wesentliche Voraussetzungen für ein gutes Investitionsklima. In den Bereichen Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung, Menschen- und Minderheitenrechte hat Georgien in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt. Österreich unterstützt diese positiven Entwicklungen durch Aktivitäten, die Transparenz, Rechtstaatlichkeit und Dezentralisierung fördern und zivilgesellschaftliche Organisationen stärken.

Dezentralisierte Institutionen müssen effizient organisiert sein. Nur so können sie den Bedürfnissen der Bevölkerung bestmöglich entsprechen. Besonders im Bereich des Wasserressourcenmanagements und wenn es darum geht, die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern, unterstützt Österreich sein Partnerland beim Aufbau von effizienten Strukturen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit verfügt in diesen Bereichen über besonderes Know-how.

Weitere Aktivitäten

Kooperationen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftspartnerschaften und grenzüberschreitende regionale Initiativen verstärken die bilaterale Zusammenarbeit. Des Weiteren engagiert sich die Österreichische Entwicklungsbank mit Krediten und Beratungsprogrammen für den Aufbau von Finanzierungseinrichtungen sowie von Klein- und Mittelbetrieben. Auch gehört Georgien zu den Soft-Loan-Empfängerländern (Österreichische Kontrollbank in Kooperation mit dem Bundesministerium für Finanzen).

Projektbeispiele

Biolandwirtschaft und nachhaltiger Tourismus in Gebirgsregionen

Seit einigen Jahren boomt der Tourismussektor in Georgien, nicht nur in Tiflis und der Schwarzmeerküste, sondern auch in den Bergregionen. Leider belasten große Tourismusprojekte häufig die Umwelt, führen zur Aufgabe traditioneller Lebensstile und erhöhen nicht immer den Lebensstandard eines breiten Teils der Gesellschaft.

Das Projekt GRETA (Green Economy: Sustainable Mountain Tourism and Organic Agriculture) zielt daher darauf ab, die Lebensbedingungen in ländlichen Gebirgsregionen durch sanften Tourismus und biologische Landwirtschaft zu fördern. Insgesamt sollen 600 Unterbringungsbetriebe und Anbieter touristischer Dienstleistungen sowie 230 landwirtschaftliche Betriebe bei der Umstellung auf Biolandwirtschaft unterstützt werden. Zusätzlich sollen Kapazitäten der kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort aufgebaut werden, damit sie in Zukunft Produkte und Dienstleistungen von höherer Qualität anbieten können. Damit trägt das Projekt dazu bei, die Beschäftigungschancen und die lokale Wertschöpfung in den ländlichen Regionen zu erhöhen und gleichzeitig die einzigartigen Gebirgsökosysteme Georgiens zu erhalten.

Forstmanagement zur Armutsbekämpfung

Der Wald ist eine wichtige wirtschaftliche Ressource Georgiens und dient als Existenzgrundlage und Energielieferant für die ländliche Bevölkerung. Forstmanagement und ländliche Wirtschaftsentwicklung sind daher eng miteinander verknüpft.

Das Projekt unterstützt Entscheidungsträgerinnen und -träger auf Regierungs- und Gemeindeebene sowie die ländliche Bevölkerung dabei, den Wald nachhaltig zu nutzen. Dafür werden behördliche Strukturen aufgebaut und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ministerien durch Expertinnen und Experten in nachhaltigem Forstmanagement geschult. Im Zentrum steht auch eine Novellierung der Forstgesetzgebung. Lokalregierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaftsbetriebe sollen vermehrt in Dialog treten. Auch in die Energiegewinnung wird Österreich künftig sein fundiertes Know-how einbringen.

Vertragspartner:

EU und SIDA

Laufzeit:

12/2018–04/2023

OEZA-Beitrag:

1 Mio. Euro

Vertragspartner:

Caucasus Environmental NGO Network (CENN)

Laufzeit:

09/2018–08/2022

OEZA-Beitrag:

1,4 Mio. Euro

Das Projekt erreicht rund 8.000 lokale und nationale Entscheidungsträgerinnen und -träger. Die nachhaltige Nutzung des Waldes schafft neue Einkommensquellen, von denen vor allem Frauen und junge Menschen in den ländlichen Gebieten profitieren.

Mitbestimmung auf allen Ebenen

Georgien hat in den letzten Jahren seine Dezentralisierungsreform vorangetrieben. Vor allem ländliche Regionen, die vergleichsweise höhere Armutsraten aufweisen als Städte, profitieren von lokalen Verwaltungsreformen. Um Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, sind eine dezentrale Verwaltung und demokratische Mitbestimmung wichtig.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Dezentralisierungspläne der Regierung. Damit soll langfristig die wirtschaftliche Entwicklung am Land gefördert werden, etwa indem Anreize für lokale wirtschaftliche Akteure geschaffen werden. Zudem bekommen Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen gezielt Unterstützung, damit sie gemeinsam Initiativen umsetzen können.

Das Projekt erreicht rund 10.000 Vertreterinnen und Vertreter zentraler und lokaler Behörden in den vier Zielregionen Racha, Samegrelo, Guria und Kvemo Kartli. Davon profitieren insgesamt rund 900.000 Menschen.

Verbesserte Tiergesundheit

Die Viehwirtschaft ist eine wichtige Einnahmequelle für die Bäuerinnen und Bauern. Damit sich Georgien in der Landwirtschaft an EU-Standards anpassen kann, müssen Schutzmaßnahmen eingeführt werden, um die Tiergesundheit zu erhöhen.

Gemeinsam mit der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) fördert Österreich die Etablierung eines EU-konformen Systems. Dieses soll helfen, Tierseuchen rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Dazu erhalten die nationalen Behörden Unterstützung dabei, die rechtlichen Rahmenbedingungen und ein landesweites elektronisches System zur Tierregistrierung aufzubauen. Begleitet wird dieser Prozess etwa von Trainings und Informationsaustausch.

Von den Maßnahmen profitieren mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten öffentlichen Stellen sowie landesweit rund 270.000 Bäuerinnen und Bauern.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern stärken

Einen Hektar Land besitzen Bäuerinnen und Bauern in Georgien im Durchschnitt. Die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erzeugen großteils für den eigenen Bedarf, da die finanziellen Möglichkeiten und das Know-how zur Produktionssteigerung fehlen. Eine Folge davon ist, dass die Armutsquote auf dem Land deutlich höher ist als in den Städten.

Damit die Landbevölkerung in Georgien einen Ausweg aus der Armut findet, unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Bäuerinnen und Bauern bei der Stärkung nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktion. Das Projekt soll die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Kooperativen erhöhen – mit Know-how und finanziellen Mitteln. Erfolgreiche Modelle kooperativer Wertschöpfungsketten (für Zwiebel, Honig, Karotten etc.) werden erarbeitet. Sie sollen Qualität und Erträge steigern und zu nachhaltiger sozioökonomischer Entwicklung beitragen.

Vertragspartner:
UNDP
Laufzeit:
12/2017–12/2021
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro

Vertragspartner:
DEZA
Laufzeit:
12/2016–12/2021
OEZA-Beitrag:
1,8 Mio. Euro

Vertragspartner:
Georgian Farmers Association (GFA)
Laufzeit:
09/2015–10/2021
OEZA-Beitrag:
1.658.630 Euro

Das Projekt unterstützt Ministerien, staatliche Agenturen und landwirtschaftliche Interessensverbände sowie rund 150 landwirtschaftliche Kooperativen. 22 Kooperativen bekommen fachlichen Rückhalt in Form von Trainings. 13 Kooperativen bekommen Förderungen (bis zu 25.000 Euro), um Saatgut oder landwirtschaftliches Gerät anzukaufen.

Wirtschaftliche Stärkung von Frauen im Südkaukasus

Seit Armenien, Aserbaidschan und Georgien in den Neunzigerjahren ihre Unabhängigkeit erlangt haben, sind Fortschritte beim Abbau der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu erkennen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nur möglich, wenn Frauen wirtschaftlich erfolgreich sind und auch wirtschaftliche Entscheidungen treffen können. Ein grenzübergreifendes Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit setzt sich genau dafür ein.

Das Projekt richtet sich vor allem an arme und sozial ausgegrenzte Frauen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Sie erhalten Zugang zu Informationen, etwa über öffentliche Dienstleistungen sowie Bildungs- und Einkommensmöglichkeiten, die von staatlichen, privaten und Entwicklungspartnern angeboten werden. Sie lernen in Schulungen, wie man ein neues Unternehmen gründet oder ein bestehendes weiterentwickelt. Dafür bekommen sie unter anderem Wissen über Finanzplanung, Unternehmensführung und Marketing.

Das Projekt hat auch zum Ziel, dass Armenien und Georgien angemessene rechtliche und politische Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Stärkung der Frauen setzen. So erhalten etwa die statistischen Servicestellen in Georgien und Armenien Unterstützung dabei, Methoden zu entwickeln, wie das geschlechtsspezifische Lohngefälle, der Beschäftigungsstatus oder der Zugang zu Ressourcen wie Land und Finanzen gemessen werden können.

Zudem wird ein politischer Dialog organisiert über die Ratifizierung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie jenes zum Mutterschutz (Nr. 183) oder jenes über Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familienpflichten (Nr. 156). Das soll politische Debatten und auch die Aufmerksamkeit der Medien auf diese Themen lenken. Die Länder erhalten Unterstützung bei der Vorbereitung von Gesetzen und Grundsätzen, die die wirtschaftliche Stärkung von Frauen vorantreiben.

Von dem Projekt, das die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit finanziert, profitieren rund 1.070 Frauen in Armenien, Georgien und Aserbaidschan.

Vertragspartner:
United Nations Entity
for Gender Equality
and the Empowerment
of Women
(UN WOMEN)
Laufzeit:
12/2018–07/2021
OEZA-Beitrag:
800.000 Euro

Service

Österreichische Botschaft Tiflis

Griboedov Str. 31 / Rustaveli Ave. 42,
0108 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 24 34 402
E-Mail: tiflis-ob@bmeia.gv.at
<https://www.bmeia.gv.at>
Amtsbereich: Georgien

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit

Griboedov Str. 31 / Rustaveli Ave. 42
0108 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 243 44 00
E-Mail: tiflis@ada.gv.at

AußenwirtschaftsBüro Tiflis/Commercial Office Tiflis

Wirtschaftskammer Österreich, AußenwirtschaftsCenter Ankara
Leonidze Str.2 / Tabidze Str. 1
Regus Businesszentrum
0105 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 24 34 401
E-Mail: tbilisi@advantageaustria.org
wko.at/aussenwirtschaft/ge

AußenwirtschaftsCenter Ankara

Armada Business Center
Eskisehir Yolu 6, Floor 13
Office 1906520 Sögütözü
Ankara, Türkei
Tel.: +90 312 219 21 41 (PBX)
E-Mail: ankara@wko.at
wko.at/aussenwirtschaft/tr

Botschaft von Georgien in Österreich

Rudolfsplatz 2/1/8, 1010 Wien
Tel.: +43 01 403 98 48
E-Mail: vienna.emb@mfa.gov.ge
Notrufnummer: +43 (01) 710 36 11
Amtsbereich: Republik Österreich

Konsularabteilung der Botschaft von Georgien

Rudolfsplatz 2/1/8, 1010 Wien
Tel.: +43 01 710 36 11
E-Mail: vienna.con@mfa.gov.ge
Notrufnummer: +43 (01) 710 36 11
Amtsbereich: Republik Österreich

Links

Offizielle Websites Georgiens

www.mfa.gov.ge/
www.parliament.ge/

Nationales Statistikbüro Georgiens

www.geostat.ge

Weltbank

World Development Indicators Database:
data.worldbank.org/indicator

UNDP

Human Development Report:
hdr.undp.org/en/

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Georgien:

<https://www.entwicklung.at/laender/sued-kaukasus/georgien>